



An den Grossen Rat

25.5438.02

WSU/P255438

Basel, 5. November 2025

Regierungsratsbeschluss vom 4. November 2025

Schriftliche Anfrage Christoph Hochuli betreffend Chemie-Altlasten unter dem Ackermätteli und mangelnde Ressourcen für deren Überprüfung

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Christoph Hochuli dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

«Von 1900 bis ca. 1933 wurde das Terrain im Klybeck mit Aushub, Bauschutt, Haus- und Gewerbeabfällen sowie Ofenschlacken so weit erhöht, dass auf dem neu gewonnenen, vor Hochwasser sicheren Gelände Gebäude errichtet werden konnten. Gemäss der Medienmitteilung des Amts für Umwelt und Energie (AUE) vom 28.07.2025¹ werde das Schadstoff- und Freisetzungspotenzial auf dem Ackermätteli im Quartier Klybeck wegen der gut rekonstruierbaren Ablagerungsgeschichte und der regelmässigen Grundwasseruntersuchungen als gering eingestuft. Altlastenrechtlich gelte das Ackermätteli als belastet, sei aber weder überwachungs- noch sanierungsbedürftig. Technische Untersuchungen 2023 wie auch zusätzliche Archivrecherchen 2025 hätten ebenfalls keine weiteren Gefahren für Mensch und Umwelt, spielende Kinder und das Grundwasser zu Tage gebracht.

In einem Artikel der Basler Zeitung vom 24.09.2025² widerspricht jedoch der ehemalige Sonderabfallverantwortliche des Kantons Basel-Stadt. Aus eigenen Kenntnissen der Situation halte er beim Spielplatz und teils in den Strassen rundherum Bohrungen, Baggerschlitze, Boden- und Grundwasseranalysen für eine gute Untersuchung des Ackermättelis für notwendig.

Weiter steht in diesem BaZ-Artikel, dass in einem 1990 publizierten Bericht von Colombi Schmutz Dorthe, der im Auftrag von Ciba-Geigy entstand, auch im Altrheinweg beim Spielplatz Ackermätteli eine Deponie mit Chemiemüll vermerkt worden sei. Das AUE schreibe auf seiner Website jedoch: «Dass im Bereich des Ackermättelis Chemiemüll deponiert worden wäre, ist nicht dokumentiert.»

Seit einiger Zeit werden vermehrt PFAS, sogenannte «Ewigkeitschemikalien», thematisiert³. Deren Untersuchung und der Umgang damit stellt zusätzliche Anforderungen an das AUE. Vor diesem Hintergrund scheint es wahrscheinlich, dass dem AUE das nötige Personal fehlt, um die neuen Herausforderungen im Bereich Schadstoff-Altlasten im ganzen Klybeck-Quartier sowie der PFAS in den nächsten Jahren zu bewältigen.

In diesem Zusammenhang bittet der Unterzeichnende den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Was sagt der Regierungsrat zum Widerspruch zwischen den im Bericht von Colombi Schmutz Dorthe im Jahr 1990 dokumentierten Chemiemülldeponien unter dem Ackermätteli und der Aussage auf der AUE-Website «Dass im Bereich des Ackermättelis Chemiemüll deponiert worden wäre, ist nicht dokumentiert.»?

¹ <https://www.bs.ch/news/2025-altlastenrechtliches-gutachten-zum-ackermaetteli>

² <https://www.bazonline.ch/basel-chemiemuell-auf-ackermaetteli-zweifel-an-gutachten-706683613397>

³ <https://www.bs.ch/wsu/aue/abteilung-gewaesser-und-boden/und-polyfluorierte-alkylsubstanzen-pfas-gewaesser-und-boden>

2. Was ist die Meinung des Regierungsrats zu den Aussagen des ehemaligen Sonderabfallverantwortlichen des Kantons Basel-Stadt, dass es unter dem Ackermätteli Chemiemüll gibt, welcher untersucht werden müsste?
3. Ist die Annahme korrekt, dass dem AUE das nötige Personal fehlt, um die neuen Herausforderungen im Bereich Schadstoff-Altlasten im ganzen Klybeck-Quartier sowie der PFAS in den nächsten Jahren zu bewältigen?
4. Falls ja, wie viele Stellenprozente beim AUE wären notwendig, um die Themen Schadstoffe und PFAS in den kommenden Jahren adäquat zu behandeln und ist der Regierungsrat bereit, diese Mittel zu sprechen?

Christoph Hochuli»

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. *Was sagt der Regierungsrat zum Widerspruch zwischen den im Bericht von Colombi Schmutz Dorthe im Jahr 1990 dokumentierten Chemiemülldeponien unter dem Ackermätteli und der Aussage auf der AUE-Website «Dass im Bereich des Ackermättelis Chemiemüll deponiert worden wäre, ist nicht dokumentiert.»?*

Dem Regierungsrat ist der technische Bericht von Colombi Schmutz Dorthe (CSD) aus dem Jahr 1988/89 bekannt. In diesem Bericht werden vor allem die hydrogeologischen und hydrochemischen Grundwasserverhältnisse auf dem Werkareal der damaligen Ciba Geigy AG im Klybeck untersucht und insbesondere die Belastungssituation des Werksareals erörtert. Das Ackermätteli liegt mehrere Strassenzüge weiter nördlich des ehemaligen Werkareals und war nicht Gegenstand der damaligen Abklärungen.

Einige Karten, beispielsweise zu den Grundwasserverhältnissen, gingen allerdings über die Werks-grenzen hinweg, um die Situation rund um das Werkareal darzustellen. So zeigte eine Karte im Bericht mögliche Belastungen des Untergrunds und des Grundwassers auf dem Werkareal und in dessen Umgebung. Auf dieser Karte ist eine Fläche mit dem Vermerk „Chemieschlamm“ auf Höhe des Ackermätteli, unmittelbar unter dem heutigen Altrheinweg, eingetragen; jedoch nicht unter dem Ackermätteli selbst. Zwei weitere solche Vermerke finden sich weiter südlich auf Höhe des Werkareals beim Uferplatz und auf dem Unteren Rheinweg nördlich der Dreirosenbrücke. Die beiden Ablagerungen am Uferplatz und am Unteren Rheinweg werden im Bericht beschrieben, und es finden sich dort auch die dazugehörigen Bohrprofile. Sie werden als „Schlacke, Schlamm und Bauschutt durchsetzt mit einer klebrigen, schlammartigen, schwarzen Grundmasse («Chemieschlamm»)" bezeichnet. Beim Standort „Ackermätteli“ gibt es dagegen ausser dem Hinweis auf dieser Karte im ganzen Bericht keine weiteren Hinweise darauf, dass sich dort tatsächlich Ablagerungen der chemischen Industrie befinden.

Grosse Teile dieser Ablagerungen wurden zwischen 1979 und 1981 beim Bau der Zuleitung zur Abwasserreinigungsanlage durch die Pro Rheno AG ausgehoben und durch Leitungskanäle oder sauberen Aushub ersetzt. Auch am Standort «Ackermätteli» wurden die Abwasserleitungen direkt unter dem Altrheinweg verlegt. Dies gilt auch für die Stelle, an der auf der Karte „Chemieschlamm“ eingezeichnet war.

All dieses Wissen ist um die Jahrtausendwende in die Altlastenbearbeitung und die Erstellung des Katasters der belasteten Standorte mit eingeflossen. Das Ackermätteli selbst sowie seine Umgebung sind deshalb als belastete Standorte im kantonalen Kataster ausgewiesen. Unter dem Ackermätteli befinden sich Auffüllungen aus der Zeit der Hochwasserschutzmassnahmen. Unter dem Altrheinweg sind Auffüllungsreste möglich, die vom Chemieareal oder von undichten Kanalisationsleitungen stammen könnten. Untersuchungen haben jedoch gezeigt, dass es im Bereich des

Ackermätteli nie eine Chemiemülldeponie gab. Auch regelmässige Grundwassermessungen zeigen, dass keine Gefährdung des Grundwassers beim Ackermätteli besteht. Das Gebiet ist hinreichend untersucht. Diese Einschätzung wurde auch von einem unabhängigen Fachbüro bestätigt. Der im Auftrag des Amts für Umwelt und Energie (AUE) erstellte externe Bericht «Auffüllung Ackermätteli, Basel-Stadt - Altlastenrechtliche Zweitmeinung» wurde im Sommer 2025 veröffentlicht.

2. *Was ist die Meinung des Regierungsrats zu den Aussagen des ehemaligen Sonderabfallverantwortlichen des Kantons Basel-Stadt, dass es unter dem Ackermätteli Chemiemüll gibt, welcher untersucht werden müsste?*

Die angesprochenen Aussagen stammen aus dem Jahr 1980, als bei Kanalisationsarbeiten verschmutztes Material ausgehoben und entsorgt wurde. Warum es damals keine weiteren Untersuchungen gab, ist nicht bekannt. Offenbar sahen die damals zuständigen Personen keinen Anlass, weitere Abklärungen zu veranlassen.

Sowohl das AUE als auch das neue externe Gutachten erachten die aktuelle altlastenrechtliche Einstufung des Ackermätteli „belastet, weder überwachungs- noch sanierungsbedürftig“ als weiterhin gültig. Aus altlastenrechtlicher Sicht ist die Notwendigkeit einer weiterführenden, umfangreichen technischen Untersuchung weder gegeben noch nachvollziehbar.

Wie bei allen belasteten Standorten müssen die Bauherren bei späteren Bauvorhaben, die das Ackermätteli oder seine Umgebung betreffen, sicherstellen, dass durch die Belastungen keine schädlichen oder lästigen Einwirkungen auf die Umwelt entstehen. Dies wird beispielsweise durch baubedingte Gefährdungsabschätzungen gewährleistet, die die Bauherrschaften im Rahmen des Baugesuchs einreichen müssen.

3. *Ist die Annahme korrekt, dass dem AUE das nötige Personal fehlt, um die neuen Herausforderungen im Bereich Schadstoff-Altlasten im ganzen Klybeck-Quartier sowie der PFAS in den nächsten Jahren zu bewältigen?*

Für die gesamte Altlasten- und Bodenschutzbearbeitung sind im AUE aktuell drei Personen (270 Stellenprozent) zuständig. Ab April 2026 kann dank Bundesmitteln eine neue 80-Prozent-Stelle besetzt werden, die sich jedoch primär mit den Belastungen von Kinderspielplätzen beschäftigen wird. Dies hängt mit der Revision der Verordnung über die Sanierung von belasteten Standorten (Altlasten-Verordnung) zusammen und stellt eine neue Aufgabe dar.

Das Thema PFAS beschäftigt das AUE heute bereits stark. Erste flächendeckende Grundwasseruntersuchungen haben einige Standorte mit zum Teil sehr hohen PFAS-Konzentrationen aufgezeigt. Ein erster Standort muss nun gemäss den Vorgaben der Altlasten-Verordnung untersucht und mit hoher Wahrscheinlichkeit saniert werden. Es ist davon auszugehen, dass eine beträchtliche Zahl weiterer untersuchungs- bzw. sanierungsbedürftiger Standorte hinzukommen wird.

Bei der Entwicklung des Werkareals Klybeck ist ebenfalls mit einem zusätzlichen Arbeitsaufwand zu rechnen, sobald mit den eigentlichen Bautätigkeiten und Eingriffen in den belasteten Untergrund begonnen wird. Das Beispiel Rosental zeigt gut, wie hoch der Aufwand für die Fachstellen in den Bereichen Altlasten, Grundwasser und Lufthygiene ist.

4. *Falls ja, wie viele Stellenprozente beim AUE wären notwendig, um die Themen Schadstoffe und PFAS in den kommenden Jahren adäquat zu behandeln und ist der Regierungsrat bereit, diese Mittel zu sprechen?*

Der Regierungsrat analysiert die Situation laufend. Der heutige Personalbestand für das Thema Altlasten ist zwar knapp, aber ausreichend. Bei Bedarf wird er weitere Mittel sprechen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin